

Danziger Zeitung

Fernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 18. General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Fernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 23031.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidele Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die venedigspalte gewöhnliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

aber hiervon ausdrücklich Verträge Transvaals mit dem Oranje-Freistaat ausnimmt.

Die jetzt abgeschlossene Convention zwischen den beiden Staaten ist von großer politischer Bedeutung. Die Bestimmungen, in welcher Weise sich beide Staaten im Kriegsfall gegenseitig Hilfe zu bringen haben, werden zwar noch gehalten werden. Es ist aber darüber schon im vorigen Jahre Näheres bekannt geworden. Damals wurde über den Vertrag berichtet, daß, falls einer der beiden Staaten zum Kriege gezwungen werde, die Rechte und Pflichten des hessenden Staates durch Angehörige beider Staaten gemeinsam festgesetzt werden sollten. Dadurch sollte der Möglichkeit vorgebeugt werden, daß etwa ein Staat seine Verpflichtungen garnicht oder nur widerwillig und ungenügend erfülle. Ferner wurde festgesetzt, daß der Bündnissfall nicht nur dann eintreten soll, wenn der eine der beiden Staaten angegriffen wird, sondern auch dann, wenn die Unabhängigkeit des einen der kontrahierenden Staaten bedroht wird. Die jetzt zu Stande gekommene Verbindung zwischen den beiden stammverwandten Boerenstaaten ist ein Beweis für ihren festen Willen, allen etwaigen Anschlägen gegen sie einen ernsthaften Widerstand entgegenzustellen.

Der wesentlichste Punkt derselben ist eine vom Staatssekretär Chamberlain am 16. Dezember abgefandene Depeche, in welcher derselbe entschiedenen Einspruch gegen die Behauptung der Regierung der südafrikanischen Republik erhebt, daß der Einfall Jamesons ein Bruch der Londoner Convention von 1884 gewesen sei. Chamberlain weiß vielmehr darauf hin, daß der Einfall eine Handlung von Privatpersonen gewesen sei. Aber ist denn auch die Capregierung daran unbelästigt gewesen, wenn schon die Regierung in London schuldlos sein mag? Die englische Regierung habe, fährt Chamberlain dann fort, die Convention stets eingehalten und erwarte ein Gleiches von der Regierung der südafrikanischen Republik. England sei nicht im Stande, den Streit bezüglich des Beitrags Transvaal zur Genfer Convention zur südafrikanischen Entscheidung zu bringen; England betrachte ein solches Schiedsgericht als unvereinbar mit der britischen Souveränität, deren Hauptwehr sei, eine Intervention fremder Mächte auszuschließen.

In Transvaal ist man hierüber anderer Ansicht, wenn es auch dort vielleicht aus praktischen Gründen für richtig gehalten wird, die Souveränitätsfrage fürs erste unerörtert zu lassen. Die Thatache, daß Paul Krüger mit mehr als zwei Dritteln Majorität wiedergewählt worden ist, zeigt, daß man in der Republik nicht daran oent, den englischen Ansprüchen nachzugeben. Der bisherige und jetzt wiedergewählte Präsident ist es gewesen, der allen solchen Anschlägen mit Energie und Thatkraft entgegengetreten ist. Dadurch, daß die Mehrheit der Republik diesen Mann wieder an ihre Spitze berufen hat, hat sie gezeigt, daß der Curs der alte bleiben soll.

Die Stellung der Republik gegenüber England kennzeichnet am besten die Thatsache, daß das seit längerer Zeit vorbereitete Bündnis zwischen der Republik und dem Oranje-Freistaat jetzt endgültig abgeschlossen worden ist. Die am 3. Februar zu Pretoria geschlossene erste Bundeskonferenz der Transvaal- und Oranje-Freistaaten hat das gegenwärtige Bündnisverhältniß vollständig geregelt und das Zusammensein beider Länder in allen wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik genau vorgezeichnet. Die englische Regierung hat früher gegen den Abschluß dieses Bündnisses Einspruch erhoben, aber die Transvaalrepublik hat diesen Einspruch als unberechtigt zurückgewiesen. In diesem Falle konnte sie sich aber darauf berufen, daß die Convention von 1884 zwar Verträge, die Transvaal mit anderen Staaten eingeha, von der Genehmigung der englischen Krone abhängig macht,



Präsident Krüger.

Deutschland.

* Berlin, 14. Febr. Prinz Georg von Preußen, der vorgestern seinen 72. Geburtstag feierte, empfing am Vormittag eine große Zahl von Gratulanten, zu denen auch der Kaiser gehörte. Prinz Georg lebt schon seit langen Jahren in stiller Zurückgezogenheit in seinem Palais in der Wilhelmstraße; seit dem Tode seines vor zwei Jahren verstorbenen Bruders Alexander bewohnt er das Palais allein. Bei Hofe ist Prinz Georg nur sehr selten. Zu Neujahr, Kaisers Geburtstag und beim Kronungsfeeste fehlt er nicht, sonst aber meidet er alle Hoffestlichkeiten. Prinz Georg, der nach dem Tode seines Bruders wohl zu den reichsten Prinzen gehört, hat einen sehr kleinen Hofstaat; nur sein Adjutant, Major v. Groeben, ist immer bei ihm. Seine weitere Umgebung besteht aus fünf Personen. Er unterhält viele junge Künstler.

* [Bürgermeister-Versammlung.] In dieser Woche findet in Berlin eine Versammlung der

Bürgermeister der deutschen Festungsstädte statt, die zugleich über die Denkschrift des Oberbürgermeisters Dr. Gähner in Mainz über die Wünsche und Beschwerden der Festungsstädte berathen soll.

* [Gegen den Posadowsky'schen Erlass betr. das Coalitionsrecht] sind fünf Protestversammlungen auf den 21. d. Ms. von den Berliner Sozialdemokraten anberaumt.

* [Ein Dankesbrief von den Prager Studenten] ist auch in Berlin eingegangen. Es heißt darin, die Prager Communitonen seien durch die Zustimmung von Seiten der deutschen Hochschulen in dem Kampfe um ihre alten Rechte gestärkt worden.

* [Die braunschweigischen Nationalliberalen und der Herzog von Cumberland.] In einer dieser Tage in Braunschweig abgehaltenen Versammlung nationalliberaler Wähler gab der Vorsitzende Dr. Schmidt auf die Anhänger eines weislichen Redners folgende Erklärung ab:

„Wir halten auch fest an der Selbständigkeit unseres Herzogthums und stehen treu zu unserem legalen Herrscherhause, zu dem Herzog von Cumberland, aber der Weg muß über Berlin gehen, nie und nimmer gibt es einen anderen Weg. Wir wollen uns durch eine anti-preußische Haltung nicht noch mehr in den Winkel drängen lassen als bisher. Im Landtage wird auch wohl demnächst die Frage angeregt werden, ob und mit welchem Nutzen steht dahin. Meine persönliche Ansicht ist die: Wo ein Recht ist, da sind auch Pflichten, und Pflicht des Herzogs von Cumberland ist es, das Seinige zu thun, daß der Weg über Berlin gefunden wird.“

* [Ein Verband deutscher Eisenbahnhandwerker] besteht seit 1894, ist eine Gründung seines jetzigen Vorsitzenden Molz, hat seinen Sitz in Trier, zählt von den 180 000 Eisenbahnhandwerkern Deutschlands zur Zeit rund 20 000 und bezeichnet die Zusammenfassung aller Alassen der Eisenbahnhandwerker auf dem Boden der bestehenden Ordnung zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen, soll also den von socialdemokratischer Seite stammenden Eisenbahnervereinsgründungen das Gegengewicht halten. Gegenwärtig befindet sich der Vorsitzende des Verbandes mit dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Euler aus Köln auf einer Vortragsrundreise durch den Osten der Monarchie. Die beiden Herren sprachen am 8. in dem Breslauer Ortsverein des genannten Verbandes, am 9. in Polen, am 10. in Königsberg in Ostpreußen etc. Die Agitation des Verbandes geht namentlich dahin, daß die gelernten Handwerker nach mindestens zehnjähriger unbescholtener Dienstzeit vom Staat als pensionsberechtigte Beamte übernommen werden.

* [Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel] betragen in der preußischen Monarchie im Januar 1898 für 1000 Riligr. Weizen 179 (im Dezember 1897: 180) Mk., Roggen 137 (139), Gerste 145 (145), Hafer 141 (140), Roherben 218 (218), Speisbohnen 266 (265), Linsen 414 (412), Einkartoffeln 48 (47,1), Rübstroh 41,7 (42,1), Heu 54,6 (54,3), Rindfleisch im Großhandel 1044 (1050) Mk.; für 1 Riligr. Rindfleisch vor der Kuele im Aleinhandel 1,34 (1,36), vom Bauch 1,16 (1,15), Schweinefleisch 1,38 (1,39), Kalbfleisch 1,30 (1,31), Hammelfleisch 1,25 (1,25), inländischer geräucherter Speck 1,56 (1,57), Eßbutter 2,17 (2,27), inländisches Schweinschmalz 1,57 (1,58), Weizenmehl 0,33 (0,33), Roggenmehl 0,26 (0,26) Mk.; für ein Eichock Eier 4,07 (4,46) Mk.

* [Die Größe von Kiautschau.] Die Rede des Staatssekretärs v. Bülow über Kiautschau, wie

sie vom Reichstage aus verbreitet worden ist, enthält den „h. C.“ zufolge unweislich einen rechtlichen Irrthum, der wohl nur durch irgend ein Versehen hineingekommen ist. Darin heißt es: „Das Pachtgebiet, dessen genaue Grenze noch nicht festgestellt ist, wird einen Flächeninhalt von 30 bis 50 Quadratkilometern haben. Es ist also wesentlich größer als der englische Besitz auf und gegenüber Hongkong.“ Das englische Gebiet von Hongkong hat aber tatsächlich eine Grundfläche von 79 Quadratkilometern, sonach wurde es umgekehrt weit umfangreicher als Deutschland-Kiautschau sein. Da das aber nach einem Blicke auf die Karte nicht der Fall ist, so hat es wohl in der Rede wirklich geheißen: Das deutsche Pachtgebiet hat einen Flächeninhalt von 300 bis 500 Quadratkilometern. Sowohl der dreieckige Abschnitt der Landspitze nördlich von der Einfahrt in die Kiautschaubucht hat eine Seitenlänge von ca. 20 Kilom., dort würden also schon etwa 200 Quadratkilom. herauskommen.

* [Polizeilich verhindert] wurde eine Versammlung des Centralausschusses der polnischen Vereine Berlins. Vor Eintritt in die Tagesordnung erschienen zwei uniformirte Polizeibeamte und verlangten die Vorlegung der Anmeldebescheinigung. Da der Ausschuss, der seit Jahren unbehindert seine Sitzungen abhalten konnte, erst kürzlich von der Behörde für einen „politischen Verein“ erklärt worden war und die dagegen eingereichte Beschwerde noch nicht erledigt ist, war kein Anmeldechein zur Stelle, worauf die Beamten die Versammlung für aufgelöst erklärt. Die verschärfte Überwachung der polnischen Organisationen, die in jüngster Zeit eingetreten ist, steht im Zusammenhang mit dem Erlass des Ministers des Innern, worin er von den ihm unterstehenden Behörden nähere Angaben über die Ausdehnung und das Wirken der polnischen Vereine einfordert.

Spanien.

* [Boycott des amerikanischen Gesandten.] Das durch mehrere Damen der Madrider Gesellschaft gegebene Beispiel, den Gesandten der Vereinigten Staaten, General Woodford, bei Feierlichkeiten zu boykottieren, hat bei den Frauen der übrigen Stände Madrids rasch Nachahmung gefunden. Jede gute Spanierin sieht es als ein Gebot des Vaterlands liebe an, dem amilikanischen Vertreter des verhaschten Yankeeuthums, zumal derselbe auch persönlich einen großen Mangel an Liebenswürdigkeit gegenüber den Damen zur Schau trägt, ihre besondere Abneigung durch Wort und That zu erkennen zu geben. So haben diese kastilischen Patriotinnen beschlossen, dem Amerikaner den Aufenthalt in Madrid gründlich zu verleidern und ihn womöglich mitsamt seiner Familie durch Hunger und andere Qualen zur Flucht zu nötigen. Geschäftsfrauen erklären, daß sie für Woodford und dessen Angehörige nicht das Geringste verkaufen würden; die Bäuerinnen sollen ihm keine Brödchen liefern, und selbst die Waschfrauen sollen verhindert werden, für den feindlichen Diplomaten die Wäsche zu reingen. Bis jetzt treilich hat Herr Woodford sich mit dieser furchtbaren Gegnerschaft noch lediglich abzufinden gewußt. Die Lieferung der für ihn und seine Familie erforderlichen Nahrungsmittel hat er einem Hotelbesitzer vertragsmäßig übertragen, der sich bisher durch die Drohungen der Madrider Damen noch nicht dazu bringen ließ. Woodford gegenüber vertragsbrüchig zu werden. Bezuglich der sonstigen Bedürfnisse aber erklärte die Gattin des Gesandten, daß sie vor-

dah sie verwirrt ihm folgte, und nun stand sie in dem engen, dumpfigen Gefängnisraum an die Thür gelehnt, die man hinter ihr geschlossen hatte und sah sich hinüber zu ihrem Gatten, der anscheinend ihr erstes Wort erwartete, und die Kehle war ihr wie zugeschnürt, daß sie keinen Laut hervorbrachte.

Da seufzte Franz Albrecht tief auf.

„Warum bist du gekommen, Christine, wenn du selbst für den Sterbenden kein gutes Wort hast?“ fragte er leise.

Sie aber schlug die Hände vor ihr weißes Gesicht und wandte sich ab.

„Haßt du mir geflüchtet?“ stöhnte sie.

„Nein, Christine, ich haßt es nicht, obwohl die Verfluchtung dazu an mich herantrat, als — als ich wußte, daß ich sterben mußte! Verstehst du mich recht? Ich scheue den Tod nicht, den ehrlichen Tod, oder den Tod durch Pulver und Blei, aber, daß ich ein Ullmenried, durch des Henkers Hand sterben soll als ein Hochverräther, o, das war's, was mir den Tod so bitter machte. Du wirst das begreifen, Christine — ein Ullmenried Hochverräther! Doch auch das hab' ich verwunden, denn Gott wird mir ein milderer Richter sein und es dem irrenden Menschen vergeben, wenn der Gott ihn auf der Schwelle des Todes noch einmal übermannte.“

„Was, sagtest du nicht, daß ich die Schuldige sei?“ erwiderte sie heiser.

„Du weißt, warum ich's nicht haßt, nicht gehabt hätte, selbst wenn ich dich gehabt hätte“, sagte Franz Albrecht bedeutungsvoll, und als sie darauf keine Antwort hatte, fügte er hinzu: „Ich habe dir vergeben, Christine, und hoffe, daß in meinem Herzen kein Groll gegen dich zurückblieb, der dir vielleicht zum Fluche werden könnte. Denn ich habe dich sehr geliebt, und hätte dich geliebt, selbst wenn ich's gewußt hätte, daß ich mit dir den schimpflichen Tod gefreit. Ich bin in Frieden. Nur das Eine lasst dir noch anempfehlen — schreibe

auf wie alles kam und verwahre das Geschriebene für — für künftige Geschlechter, die vielleicht mit Verachtung auf ihren Ahnherren, den der Henker gerichtet, sehen werden. Das sei deine Buße. Sie ist nicht hart, denn ich könnte dich fragen wollen, weshalb und für wen du diese unselige That vollbracht und das Geständniß würde dir schwer werden. Geh jetzt — ich bedarf noch der Sammlung zu dem schweren Gang. Möchte die Reue dir nicht zu bitter werden — leb wohl und gedenke dessen, daß ich dich geliebt und noch liebe in dieser letzten Stunde!“

Und Christine ging, ohne daß noch ein Wort von ihren Lippen gekommen wäre, ohne ihres Gatten Hand berührt zu haben. Als sie in ihre Wohnung kam, begann das Armenjünderglöckchen zu läuten, das Zeichen daß der Verurtheilte seinen letzten Gang angetreten. Und sie stand am offenen Fenster und lauschte auf den winselnden Ton und wunderte sich, daß sie leben blieb, und daß kein Blitzastrahl von dem Gott der Rache da droben gesandt, sie traf, — daß die Sonne weiter schien am wolkenlosen Himmel, daß —

Urplötzlich verstummte der furchtbare Glockenklang — es war alles, alles vorüber, sein Haupt war gefallen unter dem Beile und sein Blut schrie wider sie zum Himmel! — — —

Was nachher geschah im heiligen deutschen Reiche, steht geschrieben im Buche der Geschichte — ob es aber in Folge der That Christinen geschah, — darüber sagt die Chronik von Ullmenried nichts. Tilli fiel ein mit seinem Heere in Chursachsen, und dadurch gewonnen, schloß Johann Georg sich dem König von Schweden an. Daß er vier Jahre später wieder Frieden mit dem Kaiser mache, lag ebenfalls an jener mächtigen Weltlenkerin — der zwangenden Notwendigkeit. — — —

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die blonden Frauen von Ulmenried.
Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten von

Eusebia v. Adlersfeld-Ballestrem.

„Der Tag neigt sich“, sagte Franz Albrecht endgültig tief ausfahrend. „Komm, wir wollen ein Rundgang durch den Garten machen.“

Sie schüttelte verneinend das Haupt.

„Ich bin müde“, sagte sie gleichgültig.

Christine, Christine, warum bist du mein Weib geworden, wenn du kein Wort der Liebe für mich hast?“ brach er nun schmerlich los.

„Wie du sonderbar frägst“, erwiderte sie kühl und unbewegt. „Hat dir's deine Schwester nicht oft genug gesagt, daß ich kein Herz hätte?“

Doch ehe er antworten konnte, erschollen draußen im Corridor Schritte — die Thür ward aufgestoßen und herein trat der Chef der Churfürstlichen Garden, gefolgt von Bewaffneten. Verwundert trat Franz Albrecht ihnen entgegen — mit geisterbleichem Angesicht sprang Christine empor, daß die blutrothen Rosenblätter auf den Boden flogen —

„Im Namen des Churfürsten — ich verhafte Euch, Freiherr v. Ullmenried.“

Der trat erstaunt einen Schritt zurück. „Und aus welchem Grunde, Herr Capitän?“ fragte er ruhig.

„Ihr seid des Hochverrats angeklagt und überwiesen.“

„Ich? Des Hochverrathes? Ja, träume ich denn?“ entgegnete Franz Albrecht.

Statt aller Antwort zog der Chef der Garden ein Papier hervor und reichte es dem Freiherrn. Und mit schwimmenden Augen und gerinnendem

läufig mit den aus Amerika mitgebrachten Vor-
räßen noch vollkommen ausreiche, und sie auch
ihren späteren Bedürfnisse sehr gern durch Nach-
bestellungen aus ihrer Heimat befriedigen werde,
so daß die Madrider Geschäftsfrauen kaum in die
Lage kommen würden, Bestellungen für sie zurück-
zuweisen.

Coloniales.

[Gefallen.] In Deutsch-Ostafrika ist, wie
jetzt bekannt wird, der Unteroffizier der kaiserlichen
Schutztruppe Max Tarsiens aus Ruß ge-
fallen. Tarsiens, der erst 23 Jahre alt war,
wurde bei einem nächtlichen Uebersall durch die
Wahehe am 17. Januar getötet. Von neuen
Kämpfen mit den Wahehen ist bisher noch nichts
bekannt geworden.

Bei den Kämpfen mit den Iwariyoy-Hottentotten
in Deutsch-Südwestafrika ist Anfang De-
zember laut Mitteilung des Obercommandos der
Schutztruppe der Reiter Wilhelm Ludwig in der
Nacht vom 4. zum 5. Dezember v. J., gelegentlich
der Eroberung einer Iwariyoy-Hottentotten-
Werft bei Chobib, durch einen Schuß in die Brust
getötet.

Bon der Marine.

U. Kiel, 13. Febr. Am 1. April wird eine
Torpedobootsflottille bestehend aus zwei Divisions-
booten und zwölf Torpedobooten, mit dem zu
Danzig in Reparatur befindlichen Aviso „Blitz“
als Flaggschiff bestimmt und am 1. Juli wird eine
zweite Torpedobootsflottille, gleichfalls aus zwei
Divisionsbooten und zwölf Torpedobooten be-
stehend, aktiviert. Es war gleichzeitig gemeldet
worden, daß die sechs auf der Schichauwerft in
Elbing im Bau befindlichen Torpedobooten „S 82“
bis „S 87“, die beiden auf der hiesigen Germania-
werft hergestellten Torpedobooten „G 88“ und
„G 89“ und das auf der Thornycroftwerft auf
Stapel befindliche Divisionsboot zu einer Division
bestimmt werden sollten. Damit hat's aber noch
gute Weile. Von den Schichaubooten haben bis-
her nur „S 82“ und „S 83“ Probefahrten absol-
viert und „S 83“ kam hier während der letzten
Sturmperiode aus Neufahrwasser im stark hava-
rierten Zustande an. Die drei übrigen Schichau-
boote und die Germaniabooten werden erst im
Sommer mit ihren Probefahrten beginnen können
und das Divisionsboot dürfte erst zum Herbst ab-
geliefert werden.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Prozeß Zola.

Paris, 14. Febr. Die Schwurgerichtsperiode,
welche heute gleichlich ihr Ende zu nehmen hätte,
wird angesichts der Unmöglichkeit, den Prozeß
Zola abzuschließen, verlängert werden müssen.
Die Polizei trifft umfassendere Maßregeln. Die
Garnison ist durch Truppen aus Marseille
verstärkt.

Die Wandelgänge des Gerichtspalastes zeigten
heute ein weniger belebtes Bild, als an den vor-
ausgegangenen Tagen, auch der Sitzungssaal war
nicht so überfüllt, so daß verhältnismäßige Ruhe
herrschte. Die Sitzung wurde 12½ Uhr eröffnet.
Der Präsident verliest Briefe des Senators
Leproux-Delaunay und des Journalisten Papillaud,
worin die Genannten bestreiten. Jaurès gefragt
zu haben, daß sie Esterhazy für den Schreiber
des Borderaus hielt. Labori erhebt Einspruch
gegen die Behauptung einiger Blätter, daß
er deutschen Ursprungs sei und eine Jüdin
geheirathet habe. Jaurès erklärt, er bleibe bei seiner
Ausgabe, daß nämlich Papillaud ihm gesagt habe, er
glaube an die Schuld Esterhazys. Er führt aus:

Reichstag.

* Berlin, 14. Februar.

Der Reichstag verwies heute die Concurs-
ordnungs-Novelle an eine Commission nach
einer Debatte, an der sich die Abg. Rintelen
(Centr.), Bassemann (nat.-lib.), Camp (Reichsp.),
Singer (soc.) und Buchha (cons.) beteiligten.
Es wurde allgemein als notwendig bezeichnet,
den Zwangsvorwurf zu erläutern und die Con-
cursanmeldepflicht nicht zu knüpfen an Zahlungs-
unsicherheit, sondern an eine bestimmte Höhe der
Überschuldung. Beim Etat der Zölle bildete
die Frage einer Auskunftsstelle in Zolltariffachen
und der Entscheidung zollpolitischer Streitigkeiten
auf verwaltungsrechtlichem Wege den Gegenstand
einer Erörterung. Abg. Hammacher (nat.-lib.)
erkannte an, daß die kürzlich getroffene Ein-
richtung einer Zollauskunftsbertheilung einen Fort-
schritt bedeute, fädelte aber, daß die Ent-
scheidungen der Auskunftsstelle nur für den an-
fragenden Exporteur und nicht auch für Dritte
gelten sollen. Schatzsekretär Thielmann riet, die
neue Institution erst einmal eine zeitlang wirk-
sam sein zu lassen und teilte weiter mit, daß wegen Einrichtung eines gemeinsamen
Verwaltungsgerichtshofes für Zollstreitigkeiten Ver-
handlungen geschweigt, aber zu keinem Ergebnis
geföhrt haben.

Auf eine Anfrage des Abg. Meyer-Danzig Land
(Reichsp.) erklärte Thielmann, die Frage der
Befestigung der Zollcredite für Oeffrede und
Mühlenfabrikate unterliege der Beratung des
Bundesrathes; ein endgültiger Beschluß hierüber
sei noch nicht gefaßt. Der jährliche Jinsausfall
beläuse sich nicht, wie Abg. Meyer angegeben,
auf sieben, sondern nur auf eine Million Mark.

Auf Anregung des Abg. Rickert erklärte
Staatssekretär Graf Posadowsky, daß zum
Margarinegesetz eine Definition des Begriffes
„getrennte Verkaufsräume“ durch eine Bundes-
ratsverordnung noch vor dem 1. April erfolgen
werde.

Die Forderung des Abg. Grafen Limburg-
Slirum (cons.) wegen höheren Zollschatzes für
Fahrräder wurde von dem Abg. Barth (kreis-
Vereinig.) bekämpft.

Morgen steht die Fortsetzung der Staatsbe-
ratung auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

■ Berlin, 14. Febr.

Im Abgeordnetenhaus drehte sich heute beim
Förstetat die Debatte hauptsächlich um die Ge-
haltsverhältnisse der Förster bezw. um den
conservativen Antrag, im nächsten Etat eine
wesentliche Erhöhung des Einkommens der
Förster, welches in diesem Jahre um 100 Mk.
ausgebessert worden ist, vorzusehen. Die Redner aller
Parteien sprachen sich grundsätzlich für den Antrag
aus. Der Minister der Landwirtschaft Hammer-
stein versprach, daß eine weitere Gehaltserhöhung
reißlich erwogen werden solle. Weniger entgegen-
kommend äußerte sich Finanzminister Miquel,
der eingestand, er habe sich nur schweren Herzens
entschließen können, der Forderung seiner Kollegen
in diesem Etat zu entsprechen. Beide Minister
geihelten die unter den Förstern betriebene
Agitation, welche die Disciplin gefährde;
die Regierung werde sie mit allen Mitteln
bekämpfen. Aus der Mitte des Hauses
wurde diese Agitation theils entschuldigt, theils
gemisbilligt. Abg. Rickert trat entschieden für
das Petitionsrecht der Beamten ein. Es sei ihm
nicht eingefallen, die Obersförster in Gegensatz zu
den Förstern zu bringen. Theconsens und ähnliche
Misstände bei der Behandlung der Förster
führten von der Instruction des Jahres 1868 her.

Morgen: Interpellation Symula und erste
Lesung des Entwurfs über die Erhöhung des
Fonds der Centralgenossenschaftskasse.

Niemand kann so, wie ich bedauern, daß der Ge-
sundheitszustand Papillauds ihm nicht erlaubt, hier zu
erscheinen, denn den bestimmten Erinnerungen gegen-
über, die ich in ihm wahrhause würde, würde er meine
Erklärung nicht bestreiten können. Ich versichere hier
nochmals, und zwar unter dem Zeugeneide, die Richtigkeit
meiner Aussage. Jaurès sagt hinzu, Papillaud habe ihm
sogar gesagt, er hätte einen Freunden von der „Libre
parole“ gerathen, nicht mehr in der Gesellschaft Esterhays
zu marschieren. Jaurès schließt: Ich bearufe das Interesse,
das man daran hat, meine Aussagen zu dementieren.
Ich halte die Richtigkeit derselben aber durchaus auf-
recht. (Bewegung.)

Gegen 12½ Uhr erschien Prinz Henri von
Orléans vor dem Justizpalaste, konnte aber,
da er keine Eintrittskarte besaß, nicht
in das Gebäude gelangen. Das Erscheinen
des Prinzen rief unter der vor dem Gerichts-
gebäude versammelten Menge eine gewisse
neugierige Bewegung hervor, doch wurden keinerlei
Rufe laut. In dem Augenblicke, als Prinz Henri
umkehren mußte, erlöste vom Pontneuf her
lautes Gelächter. Zola kam in seinem Wagen. Die
Polizei drängte das Publikum sofort zurück. Zola
gelangte ohne Zwischenfall in den Justizpalast.
Beim Erscheinen der als Zeugen aufgetretenen
Offiziere brach das Publikum in die Rufe aus:
„Es lebe die Armee, es lebe Frankreich“, während
Picquart theils mit Rufen „Hoch Picquart“
theils „Nieder Picquart, nieder mit den Ver-
räthern“ empfangen wurde.

Nach Jaurès wurde der Schriftsausverständige
Bertillon wieder vernommen. Er erklärt, nach
reißlicher Überlegung glaube er, vom Kriegsminister
nicht die Ermächtigung erbitten zu sollen, dem Gerichts-
hose die von ihm gefertigten Photographien vorzulegen.
Nach Prüfung der Lage sandt ich, daß ich diesen Gefuch
nicht an den Kriegsminister stellen könnte. Die Ver-
theidiger widersprechen der Anschauungsweise Ber-
tillons, welcher seine Beweisgründe aufrecht
hält. Labori legt hierauf den Geschworenen
den Plan des Sachverständigen-Gutachtens vor,
welches Bertillon dem Kriegsgerichte über den
Bordereau gegeben hatte; er fragt Bertillon, ist das
richtig und vollständig? Bertillon: Die Arbeit bezieht
sich auf meine Aussage von 1894 und ich gebe zu, daß
ich am Sonnabend Unrecht that, mich auf dies Gebiet
verloren zu lassen. (Lachen) Bertillon sagt hinzu, es
fehle eine Ecke des Löffelpapiers. Labori: Versichern Sie,
daß dies ein getreuer Abbild des Beweisthüces ist, das
dem Kriegsgerichte vorgelegen hat? Bertillon: Ich
beziehe mich auf den Gerichtsbeschuß, der mir ver-
bietet, über die Dreyfus-Affäre zu sprechen. Jäger-
mann begreift das Peinliche und Widerwärtige meiner
Lage. Vertheidiger Clemenceau: Weshalb ist die Lage
widerwärtig? Bertillon: Weil ich nicht davon sprechen
darf, was sich vor dem Kriegsgerichte bei geschlossenen
Türen zugeträgt hat. Labori: Wie kommt es,
daß der Zeuge, wie viele andere, erkennt,
daß er von der Dreyfusaffaire nur dann nicht sprechen
darf, wenn er vor Gericht steht, nicht aber auch wenn
er sich von Berichterstattern der Zeitungen anfragen
läßt, die seine Erklärungen veröffentlichen. Labori
führt das vom „Echo de Paris“ veröffentlichte
Interview Bertillons an. Bertillon erwidert: Aber,
das sind ebenso viel Ungenauigkeiten wie Worte.
Labori: Meinetwegen, warum aber haben Sie hier
ausgesagt, daß Sie der Schuld des Dreyfus sicher
sind, während Sie geglaubt haben, sich hinter dem
Gerichtsbeschuß verschleiern zu sollen. Glauben Sie,
daß der Bordereau von Esterhazy ist? Bertillon:
Durchaus nicht. Präsident: Weshalb glauben Sie,
daß der Bordereau nicht von Esterhazy ist?
Bertillon: Weil er von der Hand eines anderen
ist. (Lachen.) Präsident: Haben Sie die geheimen
Schriftstücke oder nur Bruchstücke mit der Hand-
schrift von Alfred Dreyfus vor Augen gehabt?
Bertillon: Ich habe die geheimen Schriftstücke nicht
gelesen. Labori: Erklären Sie uns vor Europa, das
die Augen auf uns gerichtet hält, warum Sie dahin
gelangt sind, vor dem Kriegsgericht nachzuweisen, daß
der Bordereau von Dreyfus ist? Bertillon: Das kann ich
nur mit Documenten, die nicht mehr in meinem Besitz sind.
(Lärm.) Labori: Können Sie aussagen, welcher Art
die Schrift des Bordereau ist? Bertillon: Ich kann
unmöglich auf diese Frage antworten, ohne auf meine
Beweisführung von 1894 einzugehen. Der Präsident
richtet dieselbe Frage an den Zeugen, kann aber auch
keine andere Antwort erlangen.

Generalversammlung des Bundes der Landwirthe.

Berlin, 14. Febr. An der heute abgehaltenen
Generalversammlung des Bundes der Landwirthe
nahmen ungefähr 4500 Personen Theil. Die Er-
öffnungsrede hielt Herr v. Plötz. Er führte aus,
die Überzeugung von der Not der Landwirthe
seit bis in die höchsten Kreise gedrungen.
Die letzte Rede des Staatssekretärs v. Bülow be-
weiste, daß der Bismarck'sche Wind noch nicht
ganz verbannt sei. Redner forderte die Land-
wirthe zu festem Zusammenhalten und weiterem
energischen Eintreten für ihre berechtigten For-
derungen auf.

Die Versammlung nahm sodann einstimmig auf
Antrag des Geschäftsführers des Bundes Diedrich
Hahn einen Beschlus an, welcher beagt,

der Bund vertritt die Politik der Sammlung, welche
zur Stärkung Deutschlands im Innern und nach außen
den Schutz der gesammten vaterländischen schaffenden
Arbeit gegen ausländischen Wettbewerb und in-
ländische Ausbeutung erstrebt, verlangt Wieder-
gewinnung einer erträglichen Concurrentie für die
deutsche Landwirtschaft gegenüber dem Auslande und
Wiederherstellung gesicherter Existenzbedingungen für
den in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in gleicher
Weise im Dasein bedrohten Mittelstand. Die bisherige
unsichere, schwankende Haltung der Regierungen in
wirtschaftlichen Fragen erfordert mehr als je starke
Majoritäten im Reichstage wie in den Landesvertretungen,
die auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen. Um bei den nächsten Wahlen solche
Mehrheiten zu erzielen, ist der Zusammenschluß aller die
auf diesem Boden stehenden, dringend erforderlich. Der
Bund richtet deshalb an die politischen Parteien, welche
diesen Bestrebungen nahe stehen, die Aufforderung,
die Politik der Sammlung des Bundes wünschbar zu
unterstützen und bei den bevorstehenden Wahlen nicht
durch übertriebene Betonung parteipolitischer Gegensätze
und unberechtigten Einbruch solche Wahlkreise
nahestehender Parteien zu gefährden, welche zur Zeit
im Sinne des Bundes wirtschaftspolitisch gut ver-
treten sind.

Berlin, 14. Febr. Der Kaiser nahm gestern
Vormittag einen Vortrag des Reichskanzlers in
dessen Amtswohnung entgegen.

Der Kaiser von China hat durch einen besonderen
Erlass den Generalgouverneur und die oberen Behörden der Provinz Kiangsü, worin
Shanghai liegt, angewiesen, dem Prinzen Heinrich
nach jeder Richtung einen würdigen Empfang zu
bereiten.

Gestern hat in Kiautschau für die katholischen
Mannschaften der Besatzungstruppen ein
feierliches Hochamt im Beisein aller Behörden,
der Offiziere und Mannschaften stattgefunden.

Rürlich ist sämmtlichen Zoll- und Steuer-
beamten der Monarchie ein Erlass des Finanz-
ministers v. Miquel zugegangen, der vor der Be-
fehlung an agitatorischen Vereinsbestrebungen
warnt.

Nach einer Mitteilung der „Doss. 31g.“
aus Tanga vom 15. Januar sind in Deutsch-
ostafrika die Pocken ausgebrochen.

Berlin, 14. Febr. Bei der heute Nachmittag
beendeten Ziehung der 2. Klasse der 198. preußi-
schen Alterslotterie fielen:

1. Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 149 293.

1. Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 34 135.

1. Gewinn von 3000 Mk. auf Nr. 71 903.

Hamburg, 14. Febr. Unter dem Viehbestande,
den ein Dampfer heute Morgen aus Moorburg
brachte, ist die Maul- und Klauenseuche con-
fistiert worden. Die Ladung wurde beschlag-
nahmt und der Dampfer polizeilich abgesperrt.

Stuttgart, 14. Febr. Nach einer hier ein-
gegangenen Meldung aus Dar-es-Salaam ist der
Sohn des hiesigen Justizrats Riemeyer, am 1. Februar in
einem Gesetz im ostafrikanischen Schutzbereich
gefallen.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 12. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerisch v. Miquel, Thielen und Com-
missarien.

Das Haus setzte die zweite Beratung des Etats der
Bauverwaltung — Extraordinarium — fort. Bei dem
Titel zum Schutz der Helgoländer Düne (500 000 Mk.)
will Abg. v. Arnim (cons.) daß sowohl die Gemeinde
wie das Reich einen Aufschuß leisten, zumal dieser
in der Röthstandsvorlage so knapp bemessen sei, und
beantragt namens seiner Fraktion Zurückverweisung
des Titels an die Budgetkommission.

Minister Thielen empfiehlt sofortige Bewilligung des
Postens, da von der Erhaltung der Badedüne die
Existenz der ganzen Bevölkerung und auch der Bestand
der Insel selbst abhänge. Die Gemeinde sei leistungsfähig,
da die Reichsmarineanlagen seien nur gering.

Abg. Oberregierungsrath Jußt legt die Verhältnisse
Helgolands eingehend dar. Die Gemeinde würde, wenn
man sie jetzt in Anspruch nehme, das Bad verpachten
müssen, wolle aber einen Aufschuß zur Erhaltung der
ausführenden Schutzbauten leisten.

Abg. Reitsch (freicr.) kann die Argumente des Abg.
v. Arnim nicht für durchlagend ansprechen.

Abg. Ehlers empfiehlt die Bewilligung der Position,
weil die Helgoländer entweder gar keinen, oder doch
nur einen geringen Beitrag leisten können. Bei solchen
Umständen sollte man einem bloßen Prinzip zu Liebe
den Strand von Helgoland doch nicht verfallen lassen,
und zwar sollten wir das um so weniger, als wir noch
vor kurzer Zeit uns so befriedigt über den Erwerb
dieser einem deutschen Strom vorgelagerten Insel aus-
sprachen.

Abg. Möller (nat.-lib.) hält schleunige Bewilligung
der hier geforderten Summe für geboten. Der Finanz-
minister hat sicher bei seiner bekannten Vorstalt das
Projekt geprüft und als notwendig erkannt. Die
Verantwortung für die Ablehnung der Position kann
ich nicht übernehmen.

Abg. Dr. Martens (nat.-lib.): Die Gemeinde hat
gehört, was sie nach ihren Mitteln thun konnte.
Schon deshalb sollte man diese Position nicht erst noch
einmal an eine Commission zurückverweisen.

Abg. v. Heydebrand u. d. Laß (cons.): Wir ex-
kennen an, daß die Gemeinde Helgoland schwach ist,
aber mit welcher Energie besteht sonst der Finanz-
minister auf seinem Schein und hier bewilligt er
leichten Herzens? Da wir, wenn Herr v. Rauchhaupt
och lebte, diese Summe ohne weiteres bewilligen

würden, ist mir doch sehr wechselhaft. Denn es handelt
sich hier ja um ein ganz außergewöhnliches Vor-
kommen. Wir meinen doch, es sollten Verhandlungen
mit der Gemeinde und mit der Marineverwaltung über
Aufschüsse eingeleitet werden.

Gemeinderat Doest: Wir haben mit der Gemeinde
unterhandelt, sind aber zu der Überzeugung ge-
kommen, daß sie nichts mehr beitragen kann. Bringt
wir sie dazu, so müßte sie ihre Badeeinrichtungen ver-
pachten.

Finanzminister Dr. Miquel: Herr v. Heydebrand
wundert sich, daß ich leichter herzens so freigiebig sei. Ja, leichter herzens ist das nicht geschehen.
(Heiterkeit.) Ich habe mich aber von der Notwendigkeit
überzeugt. Die Gemeinde ist arm, und es muß
schnelle Hilfe geschaffen werden. Die Reichsmarinever-
waltung hat meiner Meinung nach keine besondere<br

Die Frage solle heut nur angeregt werden. Der Finanzminister habe die Forstbeamten in Bezug auf ihre berechtigten Forderungen nach Gehaltsverbesserung grausam behandelt. Das ganze Haus wolle diese Verbesserung. (Bravo.) Die Frage sei, ob nicht aus der Jagd mehr zu gewinnen sei, um den Forstbeamten mehr zugewenden. Der Finanzminister sei wohl nicht Jagdliebhaber. (Heiterkeit.) Die Herren von der Forstverwaltung wohl eher. Er bitte um Prüfung der Frage. Sieg auf diesem Punkt mehr Geld, so würde der Finanzminister die berechtigten Forderungen der Forstbeamten wohl leichteren Herzens erfüllen. (Bravo.)

Oberlandforstmeister Donner: Hätte mich der Vorredner früher benachrichtigt, so könnte ich ihm genauer, zahlenmäßigen Aufschluß geben. In einigen Revieren ist die hohe Jagd der Administration vorbehalten, die niedere Jagd kann verpachtet werden. In anderen, besonders kleineren, isoliert gelegenen Parzellen wird die hohe und niedere Jagd zusammen verpachtet. Die Erträge sind in den Mündener Forstlichen Hessen genauer dargelegt. Ich behalte mir vor, bei nächster Gelegenheit eingehendere Mittheilungen zu machen.

Ab. Fischer (cons.) will die Bestimmungen und Vorschriften, unter denen Hunde in den Forsten laufen dürfen, ohne daß sie Schaden anrichten können, zweckmäßiger gestalten wissen.

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein: Ich kann dem Abg. Ricker jugeben, daß vielleicht recht erhebliche höhere Beträge aus der Jagd zu erzielen wären, aber es kommt doch nicht nur die finanzielle Rücksicht für die Forstverwaltung in Betracht. Es wäre nicht richtig, das Wild bis zum letzten Stück seinem Untergang zu weihen. (Sehr richtig! rechts.) Für den Forstdienst melden sich trotz der niedrigen Gehälter Aspiranten aus allen gesellschaftlichen Schichten, weil sie in diesem Dienst auch die Freude der Jagd haben. Deshalb kommt es, daß wir ein so vorzügliches Forstpersonal haben. Den Jagdwort zu erhalten, liegt im Interesse der Kräftigung und Gefunderhaltung der deutschen Nation. Die tüchtigsten Leute in unserer Armee sind das Gardejägerkorps. Die Jäger können auch den bureaurativen Dienst viel besser aushalten, als andere, ich kann das aus meiner persönlichen Erfahrung bestätigen. Der Wildstand darf nicht ausgerottet werden, er dient zur Bildung, zur Erziehung und zur Ernährung des Volkes. Wir würden es in Deutschland sehr bedauern, wenn durch verkehrt Maßnahmen die Jagd zurückginge. (Beifall rechts.)

Abg. Ricker: Es ist mir nicht eingefallen, den ganzen Wildstand wegzu bringen. Der Minister kämpft gegen einen Gegner, den er sich konstruiert, der aber nicht vorhanden ist. Die von mir angeregte Frage ist früher schon läufig im Herrenhause behandelt. Dass die Jagd, die ich ja garnicht bestreiten will, zur Bildung des Volkes beiträgt, ist eine übertriebene Behauptung des Ministers. Die Stellung, die die Förster jetzt bezüglich der Jagd haben, ist meist eine unverständige. Sie fühlen das. Ich will nur wissen: was die Jagd dem Staat kostet. Das erfahren wir nicht aus den Stat. Die Nettoeinnahme beträgt 275 000 Mark. Aber im Jahre 1891/92 haben wir allein 290 000 Mk. für Einbürgerungen von Forstculturen ausgegeben, die nicht dem Titel Jagd zur Last geschrieben sind, die aber doch hauptsächlich durch den Wildstand und nur zum kleineren Theile durch die Weide veranlaßt sind. Ich verlange einführend nur ein klares Bild über die wirklichen Auswendungen, welche die Jagd verursacht. Das Uebrige wird sich dann weiter finden.

Oberlandforstmeister Donner: Die Entschädigungen für Wildschäden sind nur in einigen Landestheilen erheblich, erheblicher die Kosten der Einhegung.

Minister Frhr. v. Hammerstein: Ich werde dem Abg. Ricker bei Beratung der Gehalts erhöhungen für die Forstbeamten erwirken.

Der Titel wird bewilligt, die weitere Beratung verzögert.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Forststat. Geschentwurf über die Erhöhung des Fonds der preußischen Centralgenossenschaftskasse. Interpellation Simola betreffend Beseitigung des Mangels an ländlichen Dienstboten und Arbeitern in den östlichen Provinzen.

Schluß 4½ Uhr.

Danzig, 15. Februar.

* [Provinzial-Landtag.] Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht, wie uns telegraphisch mitgetheilt wird, in seiner gestrigen Nummer die Einberufung des Provinzial-Landtages der Provinz Westpreußen auf den 15. März. Daß dieser Tag von der hiesigen Provinzial-Verwaltung vorgeschlagen war, haben wir seiner Zeit schon mitgetheilt.

* [Feuer.] Gestern gegen Abend wurde die Feuerwehr nach dem Hause Vorstädtischer Graben Nr. 59 gerufen, wo ein Gardinenbrand entstanden war, der sehr bald gelöscht wurde.

* [Gedwurgericht.] In der Reaktion erst nach Schluss der Reaktion beendeten Verhandlung gegen den Arbeiter Johann Nickel aus Ohra bejahten die Geschworenen nach längerer Beratung die Schuldsgen wegen versuchten Todesslags und Körperverletzung unter Auschluß mildender Umstände. Der Gerichtshof verurteilte ihn darauf zu fünfjähriger Zuchthausstrafe.

Wir sind im Augenblick über die jetzige Lage des betreffenden Eisenbahnprojekts nicht so ein-

Amtliche Anzeigen.

Aufgebot.

Auf Antrag des minderjährigen, durch den Photographen Auguste Karne in Danzig beauftragten Carl Christof Weidenberg, vertreten durch den Reichsanwalt Bielerow in Danzig, wird der Gattler Friedrich Wilhelm Weidenberg, welcher im Jahre 1879 von seinem Wohnort Königsberg i. Pr. nach einem unbekannten Aufenthaltsort verzogen ist, aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermine den 11. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr, bei dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 38, zu melden, widrigfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

Königsberg, den 3. Februar 1898.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung 17.

Offizielle Verbindung der Lieferung von rund 82 000 Stück Eisenen und eischenen Bahn- und Weichenwellen, eingeholt in 33 Coote.

Termin 5. März 1898, Vormittags 10 Uhr, in unserem Dienstgebäude Zimmer 97.

Die vorgeschriebenen Verdingungshefte können bei dem Vorland des Centralbüros eingehen, auch von demselben gegen kostenfreie Einsendung von 60 Pf. in bar portofrei bezeugt werden.

Zuschlagsfrist bis zum 26. März 1898.

Bromberg, den 10. Februar 1898.

Königliche Eisenbahndirection.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungs- und sonstigen Wirtschaftsbedürfnisse für das Centralgefängnis in Danzig und das Hilfsgefängnis in Oliva für die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. Oktober 1898, bestehend in:

Frisches Schweinespeck, Rindfleisch, Rinderlalg, Hülsenfrüchte, Hafergrütze, Gerstengrütze, Buchweizengrütze, Gerstenmehl, Graupe, Gemüse, Kartoffeln, Milch etc. im Gemütservice von etwa 50 000 Mark soll im Wege der Submission vergeben werden, wobei bemerkbar wird, daß die Lieferung von Gerstengrütze, Buchweizengrütze, Gerstenmehl und Graupe sich nur auf das Hilfsgefängnis in Oliva erstreckt.

Zu diesem Zwecke ist ein Termin an den 1. März 1898, Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Director im Bureau des Centralgefängnisses, Schießstange 9, anberaumt, in welchem die bis dahin eingegangenen Angebote geöffnet werden. Diese Angebote sind postmäßig verschlossen und mit der Aufschrift:

"Offerete auf Lieferung von Verpflegungsbedürfnissen für die Gefängnisse Danzig und Oliva" versehen bis in dem genannten Tage einzutragen.

Die Bedingungen liegen im Secretariat, Schießstange 9, nur sichtbar oder sind von dort gegen Erstattung der Schreibgebühren zu beziehen.

Am 29. Januar 1898.

Der Director des Gerichtsgefängnisses Danzig-Oliva.

(1921)

Dann fand die lange Reihe der in dieser Periode verhandelten Gewaltthüren ihr Ende in einer Strafsache gegen die Arbeiter Josef Samp und Josef Hesse aus Rosenthal bei Peplin, welche am 7. Dezember den Arbeiter Josef Seglara um das Leben gebracht haben sollen. Hesse hatte oft Streit gehabt mit dem Seglara, bei welchem immer der leichtere der angreifende Theil gewesen ist. Vor drei Jahren hat sich Seglara soweit fortsetzen lassen, daß er den Hesse drei Messerstiche versetzte. Am 7. Dezember 1898 sahen die beiden Angeklagten ruhig im Gasthause zu Rosenthal, als Seglara erschien und sofort wieder Handel mit Hesse suchte. Er schlug dem H. die Cigarre aus dem Mund, erinnerte ihn an die einst empfangenen Messerstiche und forderte Hesse auf, sich doch auch mit dem Messer greifen, sondern ihm höchstens mit der Faust die Quittung geben. Nun stieß S. den H. mit dem Fuße, worauf dieser mit einigen so kräftigen Ohrfeigen antwortete, daß S. lang in die Stube rollte. Während sprang er auf und lief hinaus. Kurz darauf erschien der Bruder des S. und hinter diesem Seglara selbst mit einem Spaten in den Fäusten. Der Bruder hatte nur noch Zeit zu rufen: „Bruder, nicht mit dem Spaten!“, da hatte auch schon Hesse drei wuchtige, bis auf den Knochen gehende Verletzungen am Kopfe erhalten, die heute noch große Narben zeigen. Alles dies war das Werk weniger Sekunden, ebenso wenig Zeit brauchte aber der Schlussact des Dramas zu seiner Entwicklung. Samp entriss dem Seglara den Spaten, während sich die beiden Brüder den Hesse in unkenntbar feindlicher Absicht wandten. In diesem Augenblick ließ Samp den Spaten mit seiner scharfen Seite auf den Schädel des Seglara niederfallen. Mit fast gänzlich gespaltenem Hinterkopf fiel dieser unter dem beiläufig wirkenden Hiebe nieder, dann stellte ihm der wütende Hesse noch einige Fußtritte gegeben haben. Seglara wurde in das Pepliner Krankenhaus gebracht, wo er, nachdem er noch wenige Male zum Bewußtsein gekommen war, nach sechzehn Tagen verstarb. Herr Kreisphysicus Dr. Herrmann-Dirkhau demonstrierte gestern an dem von ihm präparierten Schädel des Verstorbenen die katholischen Mädchendienst und ließ sich nur auf dem Standesamt trauen. Bald darauf erhielt die junge Frau den Besuch des katholischen Ältesten, welcher sie in Auftrag des Probstes nach der Pfarrkirche bestellte. Der Herr Probst nahm die Frau ins Gebet, daß sie nicht kirchlich getraut sei, daß eine Trauung auf dem Standesamt nichts zu bedeuten habe, und daß sie zu jeder Zeit ihren Mann, so lange sie nicht kirchlich getraut sei, verlassen könne; er gebe ihr den Rat, solches sofort und so lange zu thun, bis sich ihr Mann in der katholischen Kirche trauen lasse, sonst müsse er sie von der Zulassung zur Beichte und Kirche ausschließen" u. s. w. Die Erzählung schließt damit, daß die Frau sich nicht von dem Herrn Probst bekehren ließ. Eine weitere Aufklärung über den Vorgang wird hoffentlich nicht unterbleiben. Die „Eib. Zeit.“ zweifelt bereits an der Richtigkeit der wiedergegebenen angeblichen Außerung.

Ebling, 14. Februar. Die sozialdemokratische Königsberger „Volksstimme“ erzählte ein Borkommiss, das sich auf der hiesigen Probstei abgespielt haben soll. „Ein Genosse verheirathete sich kürzlich mit einem katholischen Mädchen und ließ sich nur auf dem Standesamt trauen. Bald darauf erhielt die junge Frau den Besuch des katholischen Ältesten, welcher sie in Auftrag des Probstes nach der Pfarrkirche bestellte. Der Herr Probst nahm die Frau ins Gebet, daß sie nicht kirchlich getraut sei, daß eine Trauung auf dem Standesamt nichts zu bedeuten habe, und daß sie zu jeder Zeit ihren Mann, so lange sie nicht kirchlich getraut sei, verlassen könne; er gebe ihr den Rat, solches sofort und so lange zu thun, bis sich ihr Mann in der katholischen Kirche trauen lasse, sonst müsse er sie von der Zulassung zur Beichte und Kirche ausschließen“ u. s. w. Die Erzählung schließt damit, daß die Frau sich nicht von dem Herrn Probst bekehren ließ. Eine weitere Aufklärung über den Vorgang wird hoffentlich nicht unterbleiben. Die „Eib. Zeit.“ zweifelt bereits an der Richtigkeit der wiedergegebenen angeblichen Außerung.

Marienwerder, 14. Februar. In einer Gefahr schafften gestern die Passagiere des ersten aus Graudenz hier eintreffenden Juges. Nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Sedlitz blieb der Zug plötzlich auf freiem Felde stehen. Beim Passiren der Ausfahrtweiche ist diese ancheinend beschädigt worden; die vier leichten Wagen des Zuges entgleisten und rissen den Schienenaufhang auf. Der Verkehr der späteren Züge wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

a. Briefen, 13. Februar. Unter Stadtbausatzplan schließt pro 1898/99 auf 98 077 Mk. ab. Aus den Einnahmen sind zu erwähnen: Seepacht 2250 Mk., Marktfeldgeld 2900 Mk., Jagdpacht 210 Mk., Bürgerrechtsgeld 120 Mk., Hundesteuer 250 Mk., Polizeistrafgelder 450 Mk., Biersteuer 3000 Mk., Veranlagungssteuer 350 Mk., Schlachthausverwaltung 6000 Mk. aus den Ausgaben: Kreis-, Provinzial- und Landammännerbeiträge 27 000 Mk., Strafanwaltschaft 1600 Mk., Polizeiverwaltung 2990 Mk., Volksschulen 34 280 Mk., Realschule 1800 Mk., Armenpflege 5139 Mark und 1800 Mk., Schlachthausverwaltung 5000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrages von 61 867 Mk. werden 200 Proc. der Grund- und Gebäudesteuer, sowie der Gewerbesteuer, 50 Proc. Betriebssteuer und 250 Proc. Aufschlag zur Einkommensteuer erhoben.

• Culmsee, 14. Februar (Tel.). Ein schwerer Unglücksfall hat sich hier ereignet. Beim Betreten des Eises sind je zwei Kinder der Arbeiter Koszic und Pniewski im Alter von 7 bis 13 Jahren und der achtjährige Sohn des Bahnarbeiter Malchowski eingebrochen und ertrunken. Letzterer war zuerst eingebrochen, die anderen brachen beim Rettungsversuch ein. Auch Frau Pniewski stürzte ins Wasser und konnte nur mit eigener Lebensgefahr des Mühlwächters Ringermuß gerettet werden.

• Vermischtes.

* [Weiße Spähen.] Die japanische Vogelzucht steht auf einer sehr hohen Stufe. Das neueste von ihr erzeugte Spiel der Natur besteht in der Züchtung von weißen Spähen. Sie wählen ein paar graue Spähen aus und halten sie in einem Käfig, der in einem vollständig weißen

gehend informiert, um die Detailangaben dieser Zuschrift prüfen zu können. Hoffentlich kommen wir aber in die Lage, in einer der nächsten Nummern die Sache aufzuklären.

* Zoppot, 14. Februar. Die langen Verhandlungen in der hiesigen Gemeinde-Vertretung über Führung einer collegialischen Gemeinde-Verwaltung scheinen nunmehr gescheitert zu sein. Nachdem das betreffende Ortsstatut in einer Reihe von Sitzungen berathen worden, wurde am Sonnabend bei der Abstimmung der entscheidende § 1 mit Stimmengleichheit, wobei der Gemeindevorsteher den Auschlag gab, abgelehnt. Auf eine weitere Abstimmung wurde nunmehr einstweilen verzichtet.

* Stargard, 13. Februar. Ein schreckliches Unglück, das den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich auf dem nahegelegenen Rittergut Arangen. Dort waren Arbeiter damit beschäftigt, von einer Anhöhe Mergel auf das daran liegende Land zu schaffen. Da die Erde gefroren war, konnte sie von oben nicht glatt abgestochen werden; man untergrub daher kleinere Erdstücke und löste sie von oben ab. Als nun wieder eine überstehende Wand entstanden war, machten sich trotz des Verbots des auffrischenden Wirths einige Arbeiter unter der Wand zu schaffen. Da löste sich die überstehende Erde von selbst und begrub drei Arbeiter. Bei der sofort erfolgten Aufräumung wurden der Arbeiter Bombanius als Leiche, der Arbeiter Fabig schwer, ein russischer Arbeiter leicht verletzt hervorgezogen. Der Tod bei B. muß sofort eingetreten sein. Er wurde in das Krankenhaus nach Pr. Stargard gebracht. — In Dreidorf brannte das Wohngebäude des Fabrikbesitzers Elstorpff nieder. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Ebling, 14. Februar. Die sozialdemokratische Königsberger „Volksstimme“ erzählte ein Borkommiss, das sich auf der hiesigen Probstei abgespielt haben soll. „Ein Genosse verheirathete sich kürzlich mit einem katholischen Mädchen und ließ sich nur auf dem Standesamt trauen. Bald darauf erhielt die junge Frau den Besuch des katholischen Ältesten, welcher sie in Auftrag des Probstes nach der Pfarrkirche bestellte. Der Herr Probst nahm die Frau ins Gebet, daß sie nicht kirchlich getraut sei, daß eine Trauung auf dem Standesamt nichts zu bedeuten habe, und daß sie zu jeder Zeit ihren Mann, so lange sie nicht kirchlich getraut sei, verlassen könne; er gebe ihr den Rat, solches sofort und so lange zu thun, bis sich ihr Mann in der katholischen Kirche trauen lasse, sonst müsse er sie von der Zulassung zur Beichte und Kirche ausschließen“ u. s. w. Die Erzählung schließt damit, daß die Frau sich nicht von dem Herrn Probst bekehren ließ. Eine weitere Aufklärung über den Vorgang wird hoffentlich nicht unterbleiben. Die „Eib. Zeit.“ zweifelt bereits an der Richtigkeit der wiedergegebenen angeblichen Außerung.

• Marienwerder, 14. Februar. In einer Gefahr schafften gestern die Passagiere des ersten aus Graudenz hier eintreffenden Juges. Nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Sedlitz blieb der Zug plötzlich auf freiem Felde stehen. Beim Passiren der Ausfahrtweiche ist diese ancheinend beschädigt worden; die vier leichten Wagen des Zuges entgleisten und rissen den Schienenaufhang auf. Der Verkehr der späteren Züge wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

a. Briefen, 13. Februar. Unter Stadtbausatzplan schließt pro 1898/99 auf 98 077 Mk. ab. Aus den Einnahmen sind zu erwähnen: Seepacht 2250 Mk., Marktfeldgeld 2900 Mk., Jagdpacht 210 Mk., Bürgerrechtsgeld 120 Mk., Hundesteuer 250 Mk., Polizeistrafgelder 450 Mk., Biersteuer 3000 Mk., Veranlagungssteuer 350 Mk., Schlachthausverwaltung 6000 Mk. aus den Ausgaben: Kreis-, Provinzial- und Landammännerbeiträge 27 000 Mk., Strafanwaltschaft 1600 Mk., Polizeiverwaltung 2990 Mk., Volksschulen 34 280 Mk., Realschule 1800 Mk., Armenpflege 5139 Mark und 1800 Mk., Schlachthausverwaltung 5000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrages von 61 867 Mk. werden 200 Proc. der Grund- und Gebäudesteuer, sowie der Gewerbesteuer, 50 Proc. Betriebssteuer und 250 Proc. Aufschlag zur Einkommensteuer erhoben.

• Marienwerder, 14. Februar. In einer Gefahr schafften gestern die Passagiere des ersten aus Graudenz hier eintreffenden Juges. Nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Sedlitz blieb der Zug plötzlich auf freiem Felde stehen. Beim Passiren der Ausfahrtweiche ist diese ancheinend beschädigt worden; die vier leichten Wagen des Zuges entgleisten und rissen den Schienenaufhang auf. Der Verkehr der späteren Züge wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

a. Briefen, 13. Februar. Unter Stadtbausatzplan schließt pro 1898/99 auf 98 077 Mk. ab. Aus den Einnahmen sind zu erwähnen: Seepacht 2250 Mk., Marktfeldgeld 2900 Mk., Jagdpacht 210 Mk., Bürgerrechtsgeld 120 Mk., Hundesteuer 250 Mk., Polizeistrafgelder 450 Mk., Biersteuer 3000 Mk., Veranlagungssteuer 350 Mk., Schlachthausverwaltung 6000 Mk. aus den Ausgaben: Kreis-, Provinzial- und Landammännerbeiträge 27 000 Mk., Strafanwaltschaft 1600 Mk., Polizeiverwaltung 2990 Mk., Volksschulen 34 280 Mk., Realschule 1800 Mk., Armenpflege 5139 Mark und 1800 Mk., Schlachthausverwaltung 5000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrages von 61 867 Mk. werden 200 Proc. der Grund- und Gebäudesteuer, sowie der Gewerbesteuer, 50 Proc. Betriebssteuer und 250 Proc. Aufschlag zur Einkommensteuer erhoben.

• Marienwerder, 14. Februar. In einer Gefahr schafften gestern die Passagiere des ersten aus Graudenz hier eintreffenden Juges. Nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Sedlitz blieb der Zug plötzlich auf freiem Felde stehen. Beim Passiren der Ausfahrtweiche ist diese ancheinend beschädigt worden; die vier leichten Wagen des Zuges entgleisten und rissen den Schienenaufhang auf. Der Verkehr der späteren Züge wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

a. Briefen, 13. Februar. Unter Stadtbausatzplan schließt pro 1898/99 auf 98 077 Mk. ab. Aus den Einnahmen sind zu erwähnen: Seepacht 2250 Mk., Marktfeldgeld 2900 Mk., Jagdpacht 210 Mk., Bürgerrechtsgeld 120 Mk., Hundesteuer 250 Mk., Polizeistrafgelder 450 Mk., Biersteuer 3000 Mk., Veranlagungssteuer 350 Mk., Schlachthausverwaltung 6000 Mk. aus den Ausgaben: Kreis-, Provinzial- und Landammännerbeiträge 27 000 Mk., Strafanwaltschaft 1600 Mk., Polizeiverwaltung 2990 Mk., Volksschulen 34 280 Mk., Realschule 1800 Mk.,

